



**Europäische Tagung**

## **Öffentlichkeit als Partner?**

*Medien und Justiz im Spannungsfeld*

**Salez / Oberschan – Schweiz  
04. - 07. Mai 2006**

**Tagung in Kooperation mit der**

**Kantonalen  
Strafanstalt Saxerriet**



**Ländervortrag Frankreich von Herrn Philippe Pottier, Anthropologe, Mitarbeiter im Justizministerium für Strafvollzugsangelegenheiten:**

**Medien und Justiz im Spannungsfeld**

**(ein Länderbeitrag aus Frankreich)**

**1. Allgemeine Informationen**

Frankreich zählt am 1. Januar 2006 62,9 Millionen Einwohner/innen, darunter 61. Millionen in Frankreich selber (métropolitaine). Seine Bevölkerung wächst, dies hauptsächlich aufgrund einer hohen Geburtsrate aber auch einer legalen Immigration. Im Jahre 2005 ist die Bevölkerung um 367.600 Personen gewachsen. Im Jahre 2005 betrug die Geburtsrate 194 Kindern für 100 Frauen; das ist weit über den europäischen Durchschnitt, der bei 150 liegt oder über den von Ländern wie Deutschland, wo die Zahl 130 und 140 beträgt. Aber warum bringe ich das ein; es scheint doch wenig mit dem Thema zu tun zu haben? Weil diese Daten sehr wahrscheinlich eine wichtige Rolle bei der „französischen Öffentlichkeit“ spielt. Dies ist doch paradox. Über eine solche Geburtsrate zu verfügen, scheint im ersten Moment eher positiv zu sein, ließe ahnen, dass man an die Zukunft glaubt. Allerdings basieren zahlreiche pessimistische Diskurse auf den Zuwachs der Bevölkerung, der alles schwieriger macht: mehr Personen = mehr Alte zu betreuen, und auch mehr Jugendliche zu erziehen, mehr Arbeitsstellen zu schaffen, mehr Arbeitslose,... Frankreich hat Angst vor seiner Zukunft, die es nicht zu fassen vermag: Unruhen und Revolten in den Vororten, Schüler- und Studentenproteste; es bewegt sich (agite), oft ohne große Perspektive; das verwirrt (*désarroi*). Selbstverständlich gehört die Frage der Beziehungen zwischen den Medien und der Justiz aus diesem Kontext dazu.

Die Behördenstrukturen geben selber Anlass zu Fragestellungen und Verwirrung. Seit mehreren Jahrhunderten war Frankreich traditionell ein sehr zentralistisches Land. Es ist nicht mehr der Fall. Seit Anfang der achtziger Jahre wird immer mehr dezentralisiert. Egal, welche Regierung gerade herrscht, werden den Kommunen und lokalen Behörden immer mehr Zuständigkeiten zugesprochen. Man könnte sagen, dass für viele Französinen und Franzosen die Behördenstrukturen nicht mehr durchschaubar sind. Man erwartet nach wie vor sehr viel vom Staat, der seine Zuständigkeiten immer mehr den lokalen Behörden überträgt. Also worin bestehen die französischen Verwaltungsstrukturen heute? Frankreich behält sicher eine starke Kultur des zentralisierten Staatssystems; dies entspricht aber nicht der Realität. Anders gesagt: alles ist kompliziert geworden.

Dazu kommt die „Krise der Justiz“, diese Krise, worüber seit Jahren gesprochen wird, so dass man sich die Justiz im andauernden Krisenzustand vorstellt.

Die aktuelle Zahl der Inhaftierten beträgt ungefähr 59.500 Personen. Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern handelt es sich um eine „durchschnittliche Zahl“. Es wird dennoch als eine hohe Steigerung erlebt, da die Zahl zwischen 1996 und 2001 von 55.000 auf 47.800 gefallen war. Sie ist dann angestiegen, um die Zahl von 59.500 Personen zu erreichen. Diese Zahl ist seit dem 1. Januar 2004 stabil geblieben. Man findet kaum eine Erklärung für diese Fluktuation. Man stellt sie fest; rationale Erklärungen dafür fehlen aber.

Wenn Frankreich immer mehr zu einem dezentralisierten Staat wird, gilt das auch für die meisten ministeriellen Abteilungen, bis auf die der Justiz. Der zentralisierte Staat bleibt für alle Abteilungen dieses Ministeriums zuständig: Gerichte, Strafvollzugsbehörde, Jugendgerichtshilfe (*protection judiciaire de la jeunesse*); sie hängen von den nationalen Behörden ab, die sich in Paris befinden. Dies gilt auch für die Polizei (Innenministerium) und die Gendarmerie (Armee) (die Polizei arbeitet in den Städten, die Gendarmerie in den ländlichen Kreisen).

Die Staatsanwaltschaft ist nicht unabhängig. Sie ist hierarchisch dem Justizminister unterstellt. Ihr Einfluss bei den Verfahren ist ausschlaggebend, da sie nach dem Opportunitätsprinzip vorgeht, in vielen Fällen den Ermittlungsrichter einschaltet (*saisine*)

und die Durchführung der strafrechtlichen Entscheidungen gewährleistet. Sie kann eine Strafe nicht vollstrecken lassen (*sie kann dafür sorgen, dass eine Strafe nicht vollstreckt wird*)

Die Strafvollzugsbehörde ist in regionalen Behörden unterteilt. Denen gehören die JVAS und die Sozialdienststellen der Justiz (*services pénitentiaires d'insertion et de prévention*) (es sind Stellen auf der Ebene des Departements: jede französische Region besteht aus mehreren Departements).

Man kann sagen, dass eine bestimmte Form von Dezentralisation durch die immer größer werdenden Einsätze von Vereinen wie der des Opferhilfevereinen oder der der Opfer, freien Trägern wie die Straffälligenhilfe, Awo, Caritas, Diakonie... stattfindet. Dennoch muss festgestellt werden, dass viele dieser Vereine wiederum in nationalen Arbeitsgemeinschaften organisiert sind, was sie auf die Ebene des zentralisierten Systems der Justiz bringt (gleichschaltet).

In Frankreich spielt die regionale Presse die Hauptrolle. Die größten Tageszeitungen sind Ouest- France (780.000 Exemplare), Sud-Ouest,... Über diese Presse wird im Ausland vermutlich kaum gesprochen, wo eher die so genannten großen nationalen Tageszeitungen wie „Le Monde“ (380.000 Exemplare) bekannt sind. Das ist wohl eine kleine Auflage... *hier bei Philippe nachfragen*. Es ist wohl nicht ganz richtig von „nationalen“ Zeitungen zu sprechen. Die nationalen Tageszeitungen sind eher Pariser Tageszeitungen. Einige haben versucht, eine lokale Herausgabe zu implantieren, dies ohne Erfolg, denn die regionalen Tageszeitungen profitieren von einer Vielzahl von lokalen Korrespondenten. Im Departement Charente, wo ich zu Hause bin, alle oder fast alle lesen die *Charente Libre*, der im fast in jedem Dorf über einen lokalen Korrespondenten verfügt.

Aufgrund dieser Zerstückelung spielen wahrscheinlich die audiovisuellen Medien wie das Fernsehen und zum teil die Radiosender die Hauptrolle. Die Zeitungsleser/innen sind zwischen verschiedenen Ausgaben verteilt. So wird die Zeitung *Libération*, von der behauptet wird, sie sei eine wichtige Zeitung (*opinion*), am meisten mit *Le Monde* zitiert, erreicht kaum 200.000 Exemplare. Die Fernsehnachrichten des Privatsenders *TF1* und den staatlichen Sendern *France 2* et *France 3* werden zusammen im

Durchschnitt von 13 bis 14 Millionen Personen zugeschaut, und bei prägenden Ereignissen von mehr noch. Es ist überhaupt nicht mit der Herausgabe (tirage) von Zeitungen zu vergleichen; keine Tageszeitung erreicht auch annähernd 1 Million Exemplare.

Aus diesen einzelnen Angaben lässt sich vorerst Folgendes feststellen:

- die Fernsehinformationen dominieren und neigen dazu, die Kommentare zu vereinheitlichen, standardisieren
- die Informationen der Tageszeitungen und Zeitschriften ergänzen oft nur diese Fernsehnachrichten, indem sie sie lokal illustrieren.

Anders gesagt: da wo man hinschaut, hat man immer das Gefühl das gleiche zu sehen oder zu lesen.

In diesem Zusammenhang ist die Behandlung der strafrechtlichen Fragen problematisch. Tatsachen werden durch die nationalen Fernsehmedien an erster Stelle inszeniert und gewinnen enorm an Wichtigkeit. Man vergisst dabei, dass jedes Ereignis an einer gewissen Stelle, mit bestimmten Personen zu einer eigenen Zeit stattfindet. Aber wenn sie zu gleicher Zeit mit den gleichen Worten auf den Bildschirmen der Fernsehapparate beschrieben werden, neigen sie dazu, universell zu werden.

Sei nur das Beispiel der „*städtischen Unruhen*“ Ende 2005 genannt. Mehrere Tage lang wurde nur über dies im Fernsehen gesprochen. Seitdem spricht man kaum noch darüber. Beim näheren Hinschauen stellt man fest, dass gar nicht soviel stattgefunden hat oder die Dramatisierung war eher exzessiv. Diese französischen Bilder haben wiederum Bilder und Kommentare bei den ausländischen Fernsehsendern hervorgerufen. So haben amerikanischen Sender das Bild eines dem Bürgerkrieg nahen Frankreichs dargestellt. Überall sah man Bilder von ausgebrannten Autos. Zwar wurden durch die „Unruhen“ (*émeutes*) vom Ende 2005 mehr Autos verbrannt. Gewinnt man etwas Distanz, stellt man fest, dass 2005 45.000 Autos verbrannt wurden. Das mag als eine sehr hohe Zahl vorkommen. Aber vor Oktober 2005 wurden 31.000 verbrannt..., vor den Unruhen in den Vororten (*banlieues*). Niemand hatte darüber gesprochen!!

Was als ein plötzliches aktuelles Geschehen dargestellt wurde, ist eher ein häufiges Geschehen in bestimmten Vierteln, insbesondere in den Silvesternächten in Straßburg. Diese Feststellung tut nichts zur Sache, was die schwere und störende Seite dieser Verhaltensweisen angeht. Dies bedeutet aber zumindest, dass die berühmten *émeutes* von Oktober 2005 nur eine Konzentration von in bestimmten Vierteln relativ banalisierten Taten darstellten. Also gibt es nur zwei Alternativen: entweder könnte man meinen, diese Taten seien nicht so gravierend, da sie nicht so außerordentlich bzw. keinen Ausdruck einer größeren Revolte als sonst sind. Oder man denkt, es ist permanent katastrophal, es vergeht kein Monat, ohne dass Autos verbrannt werden. Dies wurde aber nicht so dargestellt: es war ausnahmsweise katastrophal...

Die Kriminalität spielt eine sehr große Rolle in den nationalen Fernsehmedien, dies mit all den Schwierigkeiten (*écueils*), die ich gerade erwähnt habe. Worüber wird am meisten gesprochen? Von der Sexualdelinquenz, die in der Aktualität sehr präsent ist, der Jugenddelinquenz. Ein Überfall ohne physische Gewalt wird voraussichtlich bei den Nachrichten um 20 Uhr erwähnt. Gewalt in der Ehe oder ein Betrugsfall (bis auf die Fälle, die von bekannten Politikern begangen werden) wesentlich weniger. Eine Frage der Zuschauerwirksamkeit wahrscheinlich:

## 2. Kritische Punkte

Fragen der Delinquenz und der Kriminalität spielen eine sehr große Rolle innerhalb des französischen politischen Diskurses. Die Entwicklung ist markant. 1981 wurde François Mitterrand aufgrund der Tatsache gewählt, dass er die Todesstrafe abschaffen und mehrere Gesetze, die er als zu streng einstufte, überarbeiten will. Das tut er, indem er damit Robert Badinter, einen Menschenrechtler und Justizminister mit der Arbeit beauftragt. Zwanzig Jahre später hätte Lionel Jospin, dessen politische Laufbahn im Schatten von François Mitterrand stattgefunden hat, sich auf die Abnahme der Gefangenzahl während seiner fünfjährigen Tätigkeit als Ministerpräsidenten berufen können, um für eine befriedigte Gesellschaft zu plädieren. Er macht genau das Gegenteil, indem er bei den Fernsehnachrichten erklärt, er habe *angélisme* gezeigt, (was angesichts seiner langen politischen Karriere kaum glaubhaft ist), und während der letzten Monaten des Wahlkampfes vor der Präsidentschaftswahlen im Jahre 2002 versucht, ein „sicherheitsgeprägtes“ Bild für die Zukunft von sich zu geben.

Was ist während dieser letzten Monate der Wahlkampagne passiert? Eine systematische Akkumulation von Informationen, die dazu tendierte, glaubhaft zu machen, die Anzahl von Gewalttaten würde dramatisch zunehmen. Zwischenzeitlich hat man in Erfahrung bringen können, dass bestimmte Informationen weit übertrieben waren, und manchmal sogar auf falsch dargestellten Taten beruhten. Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass jede/jeder denkt, dass die nächste Präsidentschaftswahl 2007 sich größtenteils auf diesem Hintergrund abspielen wird. Wahr oder nicht, die Fortdauer dieser Denkweise sagt viel über den Einfluss der Medien auf den politischen Diskurs.

Dennoch scheint, mit der Zeit, ein Umdenken statt zu finden. Die Affäre „d'Outreau“ spielt dabei eine sehr große Rolle. Mehrere Personen, die in einem gleichen Mietshaus wohnen, wurden der Vergewaltigung von Minderjährigen verdächtig und in Untersuchungshaft geschickt. Die Fernsehnachrichten hatten sie von vornherein als schuldig dargestellt. Dabei sind fast alle heute frei gesprochen worden. Die Presse macht die Arbeit der Justiz dafür verantwortlich.... Man könnte denken, aber vielleicht ist das zu optimistisch, dass eine exzessive Dramatisierung der Tatsachen durch ihre massive Verbreitung, in den letzten Jahren ihren Höhepunkt erreicht hat und dass die Journalisten sich heute vorsichtiger verhalten.

In der Tat führt dieses zu einem misstrauischen Verhalten gegenüber der Justiz und den Medien. Die Staatsanwälte beantworten die Fragen der Journalisten mehr um Informationen zu verschlüsseln (*verrouiller*) als sie mitzuteilen. Die Beziehungen zwischen der Strafvollzugsbehörde und der Presse sind sehr vorsichtig. Jeder Abteilungsleiter, der etwas bekannt machen will, muss ausdrücklich von seiner regionalen bzw. nationalen Hierarchie dazu autorisiert werden.

### **3. Persönliche Situation und Vorschläge**

Dieser Zustand ist natürlich nicht zufrieden stellend. Ich bin der Meinung, wie alle Demokraten, dass Informationen nicht vorenthalten werden dürfen (*entravée*). Das Hauptproblem liegt aber nicht darin, denn, egal was man darüber sagt, angesichts dessen, was die Welt ist, leben wir in Europa in einem Teil der Welt, wo die Presse am freiesten ist. Nein das Problem ist in Frankreich weniger die weit anerkannte und

geschützte Informationsfreiheit als vielmehr die Art, wie die Information behandelt wird.

Die Fragen der Delinquenz und der Justiz werden fast ausschließlich politisch behandelt. Anders gesagt sind sie Gegenstand von Polemiken zwischen den politischen Lagern. Von da aus wird es schwierig, sich vernünftig Gehör zu verschaffen. Egal, was man sagt, man wird in eine Kategorie gesteckt.

Man müsste dazu tendieren, diese Fragen so vernünftig und wissenschaftlich wie möglich zu behandeln. Niemand käme auf die Idee, eine politische und eine reine politische Debatte zum Thema Größe der Rosenstöcke oder Bau eines Hausblockes zu initiieren. Man kann überall die Politik mitspielen lassen, in vielen Bereichen aber ist es erst Sache der Fachleute und danach eventuell der Politik, was die Entscheidungen angeht. Aber in der französischen Justiz ist es erst Sache der Politik. Parlamentarier oder Minister oder Politiker nehmen eine Frage auf, worüber sie schon sehr viel zu sagen haben, da ein Politiker zu sein möglich macht, sofort weise über die Justiz zu reden. Danach fragen sie eventuell Fachleute, dies aber in geringer Zahl.

Man müsste anders rum handeln. Ständig Platz für eine fachmännische Debatte schaffen, dafür sorgen, dass Debatten zur Referenz und anerkannt werden. Es gibt wenig Hoffnung, dass dies bei der Politik schnell vorangeht; dies aus vielfältigen Gründen, die hier in diesem Rahmen zu lang zu diskutieren wären.

Was tun dann? Sich an die Journalisten wenden! Aufgrund ihrer vorherrschenden Rolle (durch sich selbst oder aufgrund der bestehenden herrschenden Kräfte) im Bereich der Gestaltung der herrschenden Ideen, muss dieser Weg begangen werden. Anders gesagt, umso mehr die Medien den Schein erwecken, die Justizfragen schlecht zu behandeln, desto mehr muss man ihnen entgegen gehen. Ich, in meiner Funktion als Vorsitzenden der Association Française de Criminologie, bin in der letzten Zeit dazu gekommen. Das nimmt Zeit in Anspruch, verlang Energie. Aber so kommt man voran. Das Wichtigste ist doch zu zeigen, dass die Sachen der Justiz viel komplizierter sind, als man denkt. Es ist gar nicht so einfach, so etwas als Botschaft zugänglich zu machen. Dies ist nur unter einer Bedingung möglich: fachmännisch, überlegt und praxisnahe

darüber reden. Nicht ein zusätzlicher Diskurs dazu, sondern ein fundiertes Reden. So vorgehen wie wir es beim Europäischen Forum für angewandte Kriminalpolitik und der Association Française de Criminologie tun: Fachleute aus allen Bereichen der Justiz zusammenbringen und zusammenarbeiten lassen und die Ergebnisse unserer Arbeit bekannt machen. Und, wenn das gut gemacht wird, dann klappt es auch.